



## **ASIEN/SRI LANKA - Diözese Mannar: „Regierung soll für Wahrheit im Zusammenhang mit Menschenrechtsverstößen eintreten“**

Mannar (Fidesdienst) – Die Regierung von Sri Lanka „soll öffentlich für die Wahrheit im Zusammenhang mit den Ereignissen während des jahrzehntelangen Bürgerkriegs eintreten. Dieses Engagement ist die notwendige Voraussetzung für jede Art von Aussöhnung“, heißt es in einem Schreiben der Diözese Mannar an die von der Regierung des Präsidenten Rajapaksa geschaffene Kommission für Geschichtsbewältigung und Aussöhnung der („Lessons Learnt and Reconciliation Commission“, LLRC).

Das von Bischof Joseph Rayappu unterzeichnete Schreiben, das dem Fidesdienst vorliegt, unterstreicht dass „die Wahrheit über die Verstöße gegen die Menschenrechte nicht vertuscht werden dürfen“ und fordert eine detaillierte Aufklärung über das Schicksal von 146.000 Menschen in der Region Vanni, die seit dem Kriegsende vermisst werden.

Die Ortskirche betont die Bedeutung einer nationalen Aussöhnung, übt aber gleichsam Kritik an der Arbeit des vorherigen Untersuchungsausschusses und dessen Scheitern „bei der Aufklärung der Wahrheit über die Menschenrechtsverstöße und willkürliche Hinrichtungen“. In diesem Zusammenhang erinnert das Schreiben an das Attentat auf die katholische Kirche in Pesalai (Diözese Mannar), in der viele Zivilisten Zuflucht gesucht hatten und das Verschwinden des katholischen Priesters Jim Brown. Beide Ereignisse gehen auf das Jahr 2006 zurück.

Der Bischof betont, dass der Besuch der Kommission in Mannar zu kurz war: innerhalb von nur drei Tagen sollten Informationen und Beweise zu 30 Kriegsjahren gesammelt werden. Die Ortskirche erinnert auch daran, dass Tausende Vertriebene 20 Monate nach Kriegsende immer noch keine Wohnung haben und weder Verdienstmöglichkeiten noch Zugang zu Trinkwasser und zum Gesundheits- und Bildungswesen existieren. In der Vergangenheit hatten auch internationale Nichtregierungsorganisationen und Bürgervertretungen in Sri Lanka das Vorgehen der Kommission kritisiert (vgl. Fidesdienst vom 3. November 2010). Die Nichtregierungsorganisationen bemängelten das Fehlen von „Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit“ als Grundlegende Voraussetzungen für ernsthafte Untersuchungen im Zusammenhang mit den Menschenrechtsverstößen und eine fruchtbare Friedensarbeit. (PA) (Fidesdienst, 03/02/2011)